

DSTG magazin 1/2

Gewerchaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Januar/Februar 2003
52. Jahrgang



Eine machtvolle Protestdemonstration mit starker DSTG-Beteiligung veranstaltete der dbb am 14. Dezember 2002 in Berlin. Weit über 6.000 DSTG-Kolleginnen und -Kollegen brachten ihren Unmut gegen Öffnungsklauseln, Nullrunden und eine verfehlte Finanzpolitik deutlich und lautstark zum Ausdruck und forderten eine faire Bezahlung, eine angemessene Einkommenserhöhung und ein Ende des Stellenabbaus.

Die Wut brach sich Bahn – eindrucksvolle Demo in Berlin

Schikanen und Domina im Finanzamt?

NRW zögert bei Besoldung und Personal

**dbb Seiten
17–48**



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Jetzt reicht's! – war das Motto unserer Demo am 14. Dezember 2002. Eindrucksvoll war die Beteiligung unserer DSTG-Mitglieder. Das gab der Bundesleitung die Gewissheit, dass die Kolleginnen und Kollegen hinter ihr stehen. Diese entschlossene Willenskundgebung hat uns bei den Verhandlungspositionen gestärkt.

Inzwischen sind die Tarifverhandlungen abgeschlossen. Das Ergebnis war – wie zu erwarten – eine schwierige Geburt. Der Kollege Helmut Overbeck hat sich zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen unserer Tarifkommission viele Tage und Nächte wacker geschlagen. Am Ende steht ein Kompromiss im wahrsten Sinne des Wortes, über den wir nicht jubeln, den wir aber als das einzig Machbare mittragen müssen. Für die Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Ländern steht das Datum der Ost-Angleichung nun endgültig fest; das Weihnachtsgeld ist bis Ende 2005 festgeschrieben und die Tarifierhöhung deckt wenigstens die Inflationsrate ab. Die von den Arbeitgebern teilweise erzwungenen Kompensationen sind ärgerlich. Sie mussten aber im Interesse eines Abschlusses hingenommen werden.

Jetzt stehen wir vor der Aufgabe, das für den Tariffbereich Erreichte im Beamtenebereich ebenfalls durchzusetzen. Auf allen Ebenen laufen Gespräche. Im Rahmen der Arbeitstagung in Bad Kissingen haben wir von den dort anwesenden Politikern klare Aussagen verlangt. Die Erklärungen der Fraktionssprecher von SPD, CDU/CSU und FDP stimmen zuversichtlich. Die Einlassungen von Staatssekretär Körper für den Bund und Finanzminister Prof. Dr. Falthäuser für das Land Bayern bewerten wir positiv, wenngleich ein Gesetzentwurf mit der klaren Zielsetzung einer zeit- und inhaltsgleichen Übernahme der Tarifergebnisse noch nicht beschlossen ist. Wir konzentrieren unsere Kontakte, um für die beamteten Kolleginnen und Kollegen schnellstmöglich Klarheit und Sicherheit zu erreichen.

An der Steuerfront wird bereits wieder heftig gestritten und gekämpft. Die Regierung hat ein Steuervergünstigungsabbaugesetz vorgelegt. In der Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags, an der ich die Vorstellung der DSTG vertreten konnte, herrschte große Uneinigkeit. Die Opposition lehnt das Steuervergünstigungsabbaugesetz als ein Steuererhöhungsgesetz rundweg ab. So wie es aussieht, wird in jedem Fall ein Vermittlungsverfahren notwendig. Wir wirken auf alle Fraktionen ein, damit am Ende nicht wieder ein fauler Kompromiss steht, der Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, in den Ämtern das Leben noch schwerer macht.

Das Steuervergünstigungsabbaugesetz setzt auf verstärkte Kontrolle, vor allem bei den Kapitaleinkünften und Spekulationsgewinnen. Dies geht den Oppositionsfraktionen viel zu weit. Bei der Anhörung wurde deutlich, dass alle Sachverständigen zwar grundsätzlich für den Abbau von Vergünstigungen eintreten, aber genau ihre speziellen Vergünstigungen nicht angetastet werden dürfen.

In die Beratung des Gesetzentwurfes platzte die überraschende Kehrtwende von Bundeskanzler Schröder, der plötzlich für Kapitaleinkünfte eine 25%ige Abgeltungsteuer ins Gespräch brachte. Die Abgeltungsteuer wird von allen Betroffenen bejubelt, weil sie im Ergebnis dazu führt, dass die Kapitalerträge wesentlich günstiger besteuert werden als alle übrigen Einkünfte. Dies hat aber mit Steuererechtigkeit wenig zu tun. Der Steuergesetzgeber kapituliert vor den Steuerhinterziehern und setzt auf das Prinzip Hoffnung: Wenn man heute 48,5% nach dem persönlichen Steuersatz nicht zahlen wolle, möge man künftig wenigstens bitteschön 25 % zahlen. Nach Lage der Dinge wird die Abgeltungsteuer beschlossen, auch wenn mit dem 25-Prozent-Satz zunächst einmal rd. 2 Mrd. weniger in die Staatskasse fließen. Uns im öffentlichen Dienst wird man wieder erzählen, dass das Geld für unsere Gehälter fehlt. Wir werden also für unsere berechtigten Anliegen streiten müssen und rechnen dabei weiter mit Ihrer Unterstützung.

Mit kollegialen Grüßen

*Jhr
Dieter O...*

IMPRESSUM: Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 00, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bund@t-online.de. Verantwortlich: Dieter Ondracek, Rafael Zender. Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Fotos: M. Darchingner, DSTG-Archiv, Fiegel. Anzeigenverwaltung DSTG magazin: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Anzeigenpreisliste Nr. 22 gültig ab 1. Januar 2001. Nachdruck honorarfrei gestattet. Gestaltung: Marian Neugebauer. Bezugsbedingungen: Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar. HERAUSGEBER DER dbb-SEITEN: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, S (0 30) 40 81-40, Telefax (0 30) 40 81-55 98. Internet: www.dbb.de. E-Mail: magazin@dbb.de. Chefredaktion: Dr. Walter Schmitz, Rüdiger von Woikowsky; Redaktion: Jan Brenner, Britta Müller, Siegfried Speichert, Dr. Frank Zitka; Redaktionssekretärin: Sabrina Bruns. Redaktionsschluss am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Gestaltung: MarianNeugebauer. Fotos: dpa, Fiegel, MEV. Verlag: dbb Verlag GmbH. Verlagsort und Bestellschrift: Reinhardtstr. 29, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 7 26 19 17-0, Postbank: Köln 2017 04-503. Versandort: Düsseldorf. Herstellung und Anzeigen: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. Anzeigenleitung: Ulrike Niggemann. Anzeigenverkauf: Panagiotis Chrissovergis, Tel. (02 11) 73 57-6 68, Anzeigenposition: Nadine Meier auf der Heide, Telefon (02 11) 73 57-5 63, Telefax (02 11) 73 57-5 07. Anzeigentarif Nr. 44 (dbb magazin). Druckauflage: 630.250 Exemplare (IVW 3/2002). Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. ISSN 0178-207X

DSTG

Die Wut brach sich Bahn – eindrucksvolle Demo in Berlin 4

Schikanen und Domina im Finanzamt? 5

NRW zögert bei Besoldung und Personal 5–6

DSTG und BMF wollen Kontrollmitteilungen 6

Bankgeheimnis muss endlich fallen 7

Das Zusammentreffen mit dem neuen Staatssekretär im BMF, Volker Halsch 8

„Fiscus“ geht in den Einsatz 11

Bundespräsident lädt zum Neujahrsempfang 12

Orden für Siegfried Koch 12

Dienstwagen-Steuer hat Haken 14

Absurde Ideen bei Rentenreform 14–15

Tauschchecke 15

Mitgliederwerbung lohnt sich 16

dbb

Einkommensrunde 2002/2003: Tour de Tarif 17

Sozial- und Steuergesetze verabschiedet 18

Jahresgutachten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 19

Protestdemonstration des dbb in Berlin 22–23

Politik aktuell: Besoldungsrunde 2002/2003 24

dbb vorsorgewerk 25

EU aktuell 26

Jugend im dbb 29

Frauen im dbb 30–31

Senioren im dbb 32–33

dbb akademie 38–39

27. Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung des dbb in Bad Kissingen:

Positive Signale und Mut zu Reformen 40–41

Wahrhaftigkeit in der Politik gefordert 42

In eigener Sache 45

Im Interview: dbb Chef Erhard Geyer 46–47

Die Wut brach sich Bahn – eindrucksvolle Demo in Berlin

Mehr als 40.000 Kolleginnen und Kollegen waren am 14. Dezember nach Berlin gekommen, um ihren Protest sichtbar zu machen. Sie protestierten

- gegen die beabsichtigte Öffnungsklausel bei der Beamtenbesoldung,
- gegen Überlegungen, das Weihnachtsgeld zu streichen oder zu kürzen,
- gegen die Pläne, das Urlaubsgeld zu streichen,
- gegen das Vorhaben eines Null-Ergebnisses in der Tarif- und Besoldungsrunde.

Dieser Protest war eindrucksvoll. Zwei unübersehbar lange Züge: Der eine vom Potsdamer Platz, am Bundesrat und Bundesfinanzministerium vorbei,

Es reicht! – war die allgemeine Stimmung – Wir lassen uns nicht weiter so schäbig behandeln, wie dies derzeit geschieht. Wir mühen uns tagtäglich für diesen Staat; die Politiker dagegen betrachten uns nur als Kostgänger und Kostenfaktor. Dies kann nicht mehr akzeptiert werden. Es reicht!



über die Friedrichstraße, zur Straße Unter den Linden und der zweite Zug, dessen Weg vom Schlossplatz aus über die Straße Unter den Linden führte. Bei der Einmündung an der Friedrichstraße trafen beide zusammen. Gemeinsam gingen die Protest-Säulen auf den zwei Fahrbahnen der Straße Unter den Linden zum Brandenburger Tor. Mit mehr als 500 Fahnen zeigten über 6.000 Kolleginnen und Kollegen aus der DSTG ihre starke Präsenz.



Die Hauptredner bei der abschließenden Kundgebung Erhard Geyer und Robert Dera stellten unmissverständlich fest, dass die Loyalität dem Dienstherrn gegenüber seine

Grenzen hat und dass jene, die schlecht behandelt werden, keine Höchstleistungen erbringen werden. Der Protest sollte den Politikern zeigen, dass man mit den Beschäftigten im

öffentlichen Dienst nicht alles machen kann. Die DSTG-Bundesleitung dankt allen, die sich solidarisch gezeigt haben und nach Berlin gekommen sind. Es war eindrucksvoll zu beobachten, wie engagiert und mit welcher Wut im Bauch die Kolleginnen und Kollegen im Demonstrationszug die DSTG-Fahnen in die Höhe hielten und so ihre Kampfbereitschaft dokumentierten.

Schikanen und Domina im Finanzamt?

Den Kolleginnen und Kollegen des Finanzamts Offenbach-Stadt, die einen Artikel des bekannten Journalisten und ehemaligen FAZ-Herausgebers Dr. Hugo Müller-Vogg in der „Welt am Sonntag“ vom 1. Dezember 2002 gelesen hatten, gingen die Augen auf.

Im Zuge der Diskussion um die zunehmende Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben hatte Müller-Vogg auch einige Breitseiten gegen die Mitarbeiter in den Finanzämtern ausgeteilt.

Rhetorischer „Glanzpunkt“ war folgende Aussage:

„Nirgendwo fühlt sich der Bürger hilfloser als gegenüber einem hochnäsigen, besser verdienenden schikanierenden

Finanzbeamten oder einer Finanzamts-Domina.“

Diese Aussage veranlasste den PR des Finanzamts Offenbach-Stadt zu einem offenen Brief und freundlicher Einladung an den Autor, „in einem real existierenden Finanzamt mit den betroffenen Mitarbeitern über seine Thesen zu diskutieren“.

Müller-Vogg stellte sich der Diskussion in einer internen Veranstaltung im Finanzamt Offenbach-Stadt nach Dienstschluss am 19. Dezember 2002, nachdem er vor Beginn der Veranstaltung die Möglichkeit wahrnahm, sich in der Zentralen Informations- und Annahmestelle des Amtes über die Arbeitsweise der Bediensteten im Publikumsverkehr zu informieren.

Die Vorsitzende des Hauptpersonalrates, Frau Anne Schauer, moderierte die angeregte Diskussion, an der sich insbesondere zahlreiche Kolleginnen beteiligten, die sich ganz und gar nicht als „Domina“ sahen. Hier entkam Herr Müller-Vogg dem Beleidigungsvorwurf durch ein Hintertürchen, indem er treuherzig versicherte, dass er bei seinem Vergleich nur die 1. Definition des Duden: „Domina = mittelalterliches Stiftsfräulein“ im Sinne gehabt habe.

Der Ausdruck „besserverdienende Finanzbeamte“ sei ein redaktionelles Versehen gewesen.

Im Laufe der Diskussion räumte Herr Müller-Vogg indirekt ein, dass er nicht alle Finanzbeamte pauschal beurteilen wollte, sondern eine pointierte Glosse über die zunehmende Hilflosigkeit des Bürgers im Steuer-

dschungel habe verfassen wollen.

Nach Meinung der Anwesenden dienen solche Artikel nicht der sachlichen Auseinandersetzung über die Steuerpolitik, da letztlich der Streit nicht auf dem Rücken der Bediensteten in den Finanzämtern ausgetragen werden sollte.

Auch wenn der durch den Artikel aufgerissene Graben zwischen dem Autor des „Schmähartikels“ und den Bediensteten letztlich nicht überbrückt werden konnte, so endete die Veranstaltung doch halbwegs versöhnlich, indem Müller-Vogg zusagte, in einem seiner nächsten Artikel genauer zwischen seiner Meinung nach überzogenen Steuergesetzen und den ebenso durch die Gesetzgebung belasteten Mitarbeitern der Finanzverwaltung in den „real existierenden Ämtern“ zu differenzieren.

NRW zögert bei Besoldung und Personal

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek und der stellvertretende Bundesvorsitzende Manfred Lehmann trafen mit dem neuen Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Jochen Dieckmann, zu einem ersten Meinungsaustausch in Düsseldorf zusammen. An dem Gespräch im Ministerbüro nahmen die Abteilungsleiter Steuern, Prof. Thiel, Organisation und Personal, Müting, und der für Personalhaushalt, Stellenplan, Besoldung und Tarif-Fragen zuständige Abteilungsleiter Wolfgang Steller teil.

In dem freimütigen Gespräch wurden die zu diesem Gesprächszeitpunkt in der heißen Phase laufenden Tarifverhandlungen diskutiert. Die DSTG-Vertreter machten klar, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes könnten erwarten, dass die Arbeitgeber und Dienstherrn ihre Teilhabe an

der allgemeinen Einkommensentwicklung und wirtschaftlichen Entwicklung ernst nehmen. Die Forderung nach 3,5% und der Ost-Angleichung sei realistisch und trage der schwierigen Haushaltslage bereits Rechnung. Unmittelbar vor dem Gespräch hatte der stellvertretende Bundesvorsitzende Helmut Overbeck, der in Potsdam aktiv an den Tarifverhandlungen beteiligt war, eine Information über das zu dem Zeitpunkt noch nicht vorgelegte Arbeitgeber-Angebot telefonisch durchgegeben. Minister Dieckmann wurde darüber fast zeitgleich informiert, sodass das Gespräch mit aktuellen Daten und Fakten untermauert werden konnte. Die DSTG-Vertreter machten deutlich, dass der Tarifvertrag ohne Abstriche auf die Beamten übernommen werden müsse. In diesem Punkt wollte sich Dieckmann nicht

festlegen. Er zeigte Verständnis für die Forderung. Die Frage der Übernahme müsse im Kabinett erörtert werden.

Einen breiten Rahmen der Diskussion nahm auch der ursprünglich aus Nordrhein-Westfalen stammende Vorschlag einer Wiederbelebung der Vermögensteuer ein. Die DSTG-Vertreter erklärten, sie hätten für das Grundanliegen Verständnis, stünden aber der Vermögensteuer dennoch skeptisch gegenüber. Sie hätten die Sorge, dass das für die Bearbeitung notwendige Personal

nicht zur Verfügung gestellt werde. Nach aktueller Rechnung der DSTG würde eine Wiederbelebung der Vermögensteuer die sofortige Einstellung von wenigstens 5.000 Kräften bedingen. Die DSTG sehe aber nirgends die Bereitschaft der Landesfinanzminister, hierfür Planstellen zu schaffen. Auch Nordrhein-Westfalen habe sich nicht festgelegt. Das Antwortschreiben, das von Staatssekretär Noack unterschrieben ist, räumt ein, dass Vollzugskosten entstehen würden und dass

Fortsetzung auf Seite 6



Von links nach rechts: Stellvertretender DSTG-Bundesvorsitzender Manfred Lehmann, Finanzminister Jochen Dieckmann, DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek.

Fortsetzung von Seite 5

diese von einem rechnerischen Steuerertrag abgezogen werden müssten. Eine klare Aussage, dass NRW neue Stellen schaffe, fehlt aber. Zum Zeitpunkt des Gesprächs war jedoch die politische Debatte um die Vermögensteuer durch das Kanzlerwort schon wieder beendet, sodass die Einzelheiten und die Problematik nicht mehr vertieft werden mussten. Auf der Agenda stand das Steuervergünstigungsabbaugesetz. Die DSTG-Vertreter begründe-

ten im Einzelnen, wo Mehrarbeit entsteht. Die von Bundeskanzler Schröder ins Gespräch gebrachte Abgeltungsteuer passe nicht zum Entwurf des Steuervergünstigungsabbaugesetzes. Die DSTG-Vertreter sagten voraus, dass die mit Einführung der Abgeltungsteuer erhoffte Rückkehrwelle von 100 Mrd. Euro nicht einsetze. Damit gerate die ganze Rechengrundlage in eine Schieflage. Wenn die Abgeltungsteuer in der geplanten Form verwirklicht werde, fehlten in den öffentlichen Haushalten pro Jahr 1 bis

2 Mrd. an Steuereinnahmen, was nicht zu verkraften sei. Wenn die politischen Entscheidungen dennoch so fallen sollten, werden sich die Bediensteten in den Finanzämtern nicht wieder vorhalten lassen, dass für die Bezahlung ihrer Gehälter kein Geld da sei. Die DSTG-Vertreter betonten, 30 bis 35 Mrd. Steuern, die nach der bestehenden Gesetzeslage fällig seien, gingen deshalb verloren, weil die Steuerverwaltung personell nicht entsprechend gerüstet ist. Zum Teil behindern auch gesetzliche

Vorschriften einen wirksamen Vollzug. Besprochen wurden dringend notwendige Vereinfachungsmaßnahmen, die es der Steuerverwaltung ermöglichen, ihre knappen Ressourcen zielgerichtet einzusetzen. Im Nachhinein waren die DSTG-Vertreter enttäuscht, dass Minister Dieckmann kurze Zeit nach dem Treffen weitere Sparmaßnahmen im Land verkündete, obwohl davon nicht einmal andeutungsweise die Rede war. Dies trübt ein wenig das positive Gesprächsergebnis.

DSTG und BMF wollen Kontrollmitteilungen

Nach der Neubildung der Bundesregierung wurde in den Ministerien die Führungsebene neu geordnet. Im Bundesfinanzministerium gab es wenig Änderungen. Neben Bundesminister Hans Eichel blieben die parlamentarischen Staatssekretäre Dr. Barbara

nach schwerer Krankheit am 6. Januar 2003 mit 63 Jahren viel zu früh verstorben.

Der neue Staatssekretär Volker Halsch ist für die DSTG kein Unbekannter. Volker Halsch war bisher Leiter des Leitungsstabs im Bundesfinanzministerium

Gespräch mit dem DSTG-Bundevorsitzenden Dieter Ondracek und dem Bundesgeschäftsführer Rafael Zender. Halsch kannte die Tücken im steuerrechtlichen Teil der Koalitionsvereinbarung sehr genau. Der Entwurf des Steuervergünstigungsabbaugesetzes wurde mit ihm ausführlich erörtert. Die DSTG-Vertreter zeigten auf, bei welchen Punkten sie administrative Schwierigkeiten sehen. Ondracek machte klar, dass die DSTG das Vorhaben politisch wertneutral auf seine Wirkung und Auswirkung auf die Steuerverwaltung

Mit Staatssekretär Halsch wurde auch erörtert, ob und inwieweit mit einer Abgeltungsteuer ein verwaltungsökonomisch rationelles Verfahren und zugleich Steuergerechtigkeit sichergestellt werden kann. Zum Zeitpunkt des Gespräches war die Kanzlerentscheidung in Richtung Abgeltungsteuer noch nicht gefallen, sodass diese Frage offen und nach allen Seiten abgeklopft werden konnte. Die DSTG-Vertreter kamen dabei zum Ergebnis, dass eine Abgeltungsteuer zwar verwaltungssparend sei, aber nur wenig mit Steuergerechtigkeit zu tun habe, wenn der Abgeltungsteuersatz zu niedrig angesetzt wird.

prüfen wird, weil die Steuerverwaltung keinesfalls Mehrarbeit verkraften könne. Dabei wurde gemeinsam das geplante Kontrollmitteilungsverfahren mit den Banken besprochen und klargestellt, dass dies nur machbar sei, wenn es vollelektronisch organisiert werde. Mit dem Staatssekretär bestand darüber Einigkeit, dass das Kontrollmitteilungsverfahren ein für die Besteuerung wirksames Mittel ist. In der Übergangsphase werden bei maschinellem Abgleich viele Ungereimtheiten auftreten. Nach ein bis zwei Jahren werden aber die Steuerbürger merken, dass in den Punkten Wertpapierveräußerung und Kapitalerträge Steuerehrlichkeit angesagt ist, weil die Finanzämter über entsprechende Kontrolldaten verfügen.

Erörtert wurde auch die Kapitalflucht ins Ausland und die Frage der EU-weiten Zinsbesteuerung und der EU-weiten Kontrollmitteilungsverfahren, die Ende Januar in Brüssel entschieden wurden. Mit Staatssekretär Halsch wurde auch vereinbart, dass die DSTG Referentenentwürfe so rechtzeitig wie möglich erhält, damit in einem möglichst frühen Stadium eventuelle Bedenken eingebracht und berücksichtigt werden können. Das Gespräch fand in einer offenen, vertrauensvollen Atmosphäre statt. Es wurde vereinbart, dass Fragen jeweils kurzfristig mit ihm oder seinem Mitarbeiter telefonisch abgeklärt werden können.



Von links nach rechts: DSTG-Bundevorsitzender Dieter Ondracek im Gespräch mit dem neuen Staatssekretär im BMF, Volker Halsch, und DSTG-Bundesgeschäftsführer Rafael Zender.

Hendricks und Karl Diller weiter auf ihren Positionen. Der für den Steuerbereich zuständige beamtete Staatssekretär Zitzelsberger ging aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand. Die Verbindung der DSTG zu ihm war besonders gut und auf menschliche Sympathie gegründet. Dafür haben wir ihm zu danken. Staatssekretär a. D. Herbert Zitzelsberger ist

und damit bisher schon ein ständiger Ansprechpartner. Halsch arbeitet seit 1990 eng mit dem Bundesfinanzminister zusammen. Er war in Hessen persönlicher Referent Eichels, in dessen damaliger Funktion als Ministerpräsident, und ging mit ihm in das BMF. Volker Halsch war als Leiter des Leitungsstabs eng mit der Steuerpolitik befasst. Dies zeigte sich auch im

Bankgeheimnis muss endlich fallen

Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages hatte am 15. Januar 2003 eine ganztägige Anhörung zum Steuervergünstigungsabbau-gesetz angesetzt. 75 Institutionen und Sachverständige waren geladen, darunter auch die DSTG.

Der Gesetzentwurf stieß bei den Interessensvertretern auf breite Ablehnung. Jede Gruppe verteidigte ihre speziellen Steuervergünstigungen, die abgebaut werden sollten. Von einigen Teilnehmern wurde sogar der Name des Gesetzentwurfes als Etikettenschwindel gebrandmarkt. Unter der schönen Überschrift Steuervergünstigungsabbau verberge sich ein glattes Steuererhöhungsgesetz, lautete die Kritik. Bei emotionsloser und sachlicher Betrachtung muss man den Urhebern des Entwurfs zugestehen, dass der Name so falsch nicht ist. In der Tat werden Vergünstigungen gestrichen oder eingeschränkt. Dies bedeutet für die betroffenen Gruppen natürlich eine Steuererhöhung.

Die DSTG hat sich in ihrer Stellungnahme wie immer darauf

konzentriert, die geplanten Änderungen anzusprechen, die in den Finanzämtern Komplikationen und Mehrarbeit verursachen könnten. Bei einigen Änderungsvorhaben zur Unternehmensbesteuerung haben wir auf praktische Schwierigkeiten hingewiesen. Bei den Einkommensteuerteilen haben wir verdeutlicht, dass bei Anhebung der pauschalen Besteuerung der privaten Nutzung eines betrieblichen KFZ auf Fahrtenbücher ausgewichen werde.

Die Steuerverwaltung würde mit Mehrarbeit belastet. Als unpraktikabel haben wir das Vorhaben bezeichnet, Wertzuwächse bei sonstigen Vermögen, die nicht zum täglichen Gebrauch bestimmt sind, steuerlich zu erfassen. Wenn hier wirksam besteuert werden sollte, würde dies erhebliche Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen erfordern, für die das Personal nicht vorhanden ist. Bevor die Besteuerung in diesem Bereich wieder für verfassungswidrig erklärt wird, soll man lieber von vornherein auf die Versteuerung dieser Wertzuwächse verzichten. Bei dem

vorgesehenen Kontrollmitteilungsverfahren für Wertpapierverkäufe und Kapitalerträge haben wir darauf hingewiesen, dass dies ein wirksames Mittel zur Sicherstellung einer zutreffenden Besteuerung ist, dass aber damit in jedem Fall Mehrarbeit für die Steuerverwaltung verbunden ist. Das ganze Verfahren ist überhaupt nur anwendbar, wenn es vollelektronisch organisiert wird.

In einer Stellungnahme haben wir auch klargestellt, dass § 30 a AO – das so genannte Bankgeheimnis – nun endlich aus der Abgabensordnung genommen werden müsse. Diese Bestimmung ist ursächlich für viele Steuerhinterziehungen. Diese Vorschrift hat viele ehrliche Steuerbürgerinnen und Steuerbürger verführt, unehrlich zu werden. Diese Vorschrift ist steuersystematisch falsch und auch unfair dem Bürger gegenüber, weil hier eine Sicherheit vorgespielt wird, die im Strafverfahren nicht hält. Die klare Botschaft des Gesetzgebers müsse heißen: Der Gesetzgeber möchte Steuerehrlichkeit und wird deshalb alle Vorschriften ändern oder streichen, die zu Unehrlichkeit verführen.

Bemerkenswert ist insgesamt, dass das Fehlen von Kontroll-

mitteilungen und der Bestand des § 30 a AO als Steuervergünstigung erkannt wird.

Nach der Anhörung haben sich die Regierungs-Koalitionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zusammengesetzt und einige Korrekturen angebracht. Nach dem Zeitplan sollen die Ausschussberatungen am 19. 2. 2003 abgeschlossen werden. Am 21. 2. 2003 soll der Bundestag darüber befinden. Dort wird das Gesetzesvorhaben sicher eine Mehrheit finden. Der Bundesrat wird sich voraussichtlich am 14. 3. 2003 mit dem Gesetz befassen. Dort ist mit einer mehrheitlichen Ablehnung zu rechnen, sodass sich ein Vermittlungsverfahren anschließen wird. Das Gesetz wird daher nicht vor April beschlossen werden können, was Rückwirkungen zum 1. Januar problematisch erscheinen lässt.

In der Sitzung des Finanzausschusses kündigte die Vorsitzende Christine Scheel an, dass von der Bundesregierung möglicherweise ein eigenes Gesetz zur Besteuerung der Kapitalerträge noch vorbereitet werde. Zu diesem Gesetzesvorhaben, wenn es denn käme, würde es in jedem Fall wieder eine erneute Anhörung geben. Als Fazit bleibt: weiterhin Unruhe an der Steuerfront.



BADEN LEICHT GEMACHT

VitaActive Badewannen für Ihren bequemen Einstieg. Fordern Sie Ihren Gratis-Katalog an!

Rufen Sie uns kostenlos an:
0800 99 45 99 99

Informationsgutschein Ja, ich möchte mehr wissen über sichere Badewannen. Bitte schicken Sie mir mehr Informationen!

Name: _____ Telefon: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____ 088-20032001-2

VitaActive am Pfingstweg 21 61169 Friedberg

Abstriche an Beihilfe empören Fredersdorf

Die Beihilfe wird immer wieder als besonderes Beamten-Privileg gebrandmarkt. Dabei ist die Beihilfe nichts anderes als die für die Dienstherrn kostengünstigere Variante eines „Arbeitgeberanteils“ zur Krankenversicherung. Sie stellt kein Privileg und kein besonderes Geschenk dar, sondern steht eben an Stelle des normalerweise vom Arbeitgeber zu zahlenden gesetzlichen Beitrags zur gesetzlichen Rentenversicherung bei Nicht-Beamten. Sie kommt dem Dienstherrn nicht teurer als ein rechnerischer Arbeitgeberanteil. Und dennoch, immer wieder wird an der Beihilfe herumgebaut, wird abgestrichen, werden neue Sparmaßnahmen verordnet.

Unser Ehrenvorsitzender Hermann Fredersdorf schrieb seinem Finanzminister Gernot Mittler (Rheinland-Pfalz) nachstehenden Brief, der aber als Adressat auch alle anderen Finanzminister und Senatoren haben könnte:

„Zwei Tage vor Weihnachten erhielt ich offiziell die Neuregelung zum Beihilferecht, obwohl angeblich alle Hiobsbotschaften der Behörden vom 23. Dezember 2002 bis zum 02. Januar 2003 unterbleiben sollten, aber Beamte zählen wohl nicht zu den schenungsbedürftigen Mitbürgern. Die „Kostendämpfungspauschale“ und die anderen Verschlechterungen bedeuten insgesamt eine Gehaltskürzung von knapp einem Prozent. Die bevorstehende Erhöhung der Krankenkassenbeiträge erhöht diese Gehaltsminderung auf über ein Prozent. Hinzu kommt die Preissteigerungsrate, so dass sich ein effektiver Einkommensverlust von 2,5 bis 3 Prozent ergibt. Ihre Maßnahmen lösen mit ihrem Unrecht den berechtigten Unmut, ja Zorn meiner Kolleginnen und Kollegen aus. Und damit beschreiten Sie den unheilvollen Weg der Brüning'schen Notverordnungen, der

unser Volk in das größte Elend seiner Geschichte stürzte.

Ich fürchte, Sie alle, die heute Politik betreiben, wissen den Wert der Staatstreue der Beamten nicht richtig einzuschätzen. Nicht zuletzt daran ist die Weimarer Republik zugrunde gegangen. Sie sind auf dem gleichen Wege, dieses wertvolle Gut der Staatstreue der Beamten zu verspielen und damit unseren Staat ins Wanken zu bringen.

Offensichtlich sind Sie sich dessen nicht bewusst, ebenso wenig wie Sie und alle Finanzminister (-senatoren) im Bund und in den Ländern sowie die Kommunalpolitiker sich darüber im Klaren sind, was Sie mit ihrer 0-Runde bei der Besoldung anrichten, obwohl eine 3%ige Besoldungserhöhung im Ergebnis, wie oben dargelegt, ohnehin nur 0 ergäbe.

Es gibt von Hause aus keine leeren öffentlichen Kassen, vielmehr sprudeln auch heute noch die Steuerquellen über. Fast 50 Prozent Staatsanteil am Bruttozialprodukt ist schon viel zuviel und unzumutbar. Der Staat ist nicht arm, wie Bundesminister Clement richtig festgestellt hat, er verausgabt sich nur falsch. Die Politiker haben mit falschen überbordenden Ausgabebeschlüssen die Kassen leer gemacht und jammern nun über ihre eigenen Schandtaten und deren schändliche Folgen. Statt bei den Personalausgaben zu streichen und noch mehr zu sparen, sollten Sie den Mut zu anderen Ausgabekürzungen haben. Schließlich sind Lohnforderungen selbst im Konkursverfahren, also bei der von den Kommunen insbesondere behaupteten Pleite, vorrangige und vorab zu befriedigende Forderungen.

In diesem Sinne wünsche ich ein besinnliches Neujahr 2003.“

Der Ehrenvorsitzende hat mit diesen Worten sicher vielen aus der Seele gesprochen.

Vorankündigung

Berlin, 23. bis 26. Juni 2003

15. Steuer-Gewerkschaftstag

Der 15. Steuer-Gewerkschaftstag findet am 25. und 26. Juni 2003 im Hotel Berlin in Berlin statt. Er steht unter dem Motto:

„Demokratie braucht Steuergerechtigkeit“

Erwartet werden über 400 Delegierte und Gäste aus allen Teilen der Bundesrepublik.

Aufgabe des Steuer-Gewerkschaftstages ist es, die Grundlinien der Gewerkschaftsarbeit für die nächsten Jahre festzulegen. Hierzu werden dem Gewerkschaftstag zahlreiche Anträge zu allen Bereichen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung vorliegen. Höhepunkt des Gewerkschaftstages wird die öffentliche Kundgebung sein. Der vorläufige Zeitplan beinhaltet:

- 23. Juni: Sitzung von Bundesleitung und Bundeshauptvorstand (nicht öffentlich)**
- 24. Juni: Fortsetzung der Sitzung des Bundeshauptvorstandes (nicht öffentlich)**
- 25. Juni: 15. Steuer-Gewerkschaftstag – 9.00 Uhr: Arbeitstagung (öffentlich) 14.00 Uhr: öffentliche Kundgebung**
- 26. Juni: 15. Steuer-Gewerkschaftstag – 10.00 Uhr: Fortsetzung der Arbeitstagung (öffentlich) ca. 13.00 Uhr Sitzungen der Bundesfrauenvertretung und Tarifkommission (nicht öffentlich)**

Die Unternehmen der Amalbas-Gruppe

Steuer-Fachschule

Dr. H. W. Endriss

Über 50 Jahre Erfahrung • erkrankte Dozenten hoher Lernerfolg • eigenes, bewährtes Lehrmaterial
Die Spezial-Schule für Fort- und Weiterbildung in Steuer- und Rechnungswesen & Controlling

Unsere Lehrgänge 2003

KOSTENFREI: DAFD-VERANSTALTUNGEN UND GASTHÖRER-TEILNAHME

STEUERBERATER

Vollzeitlehrgang: 13 Wochen, ab Mai in Köln
Samstagslehrgang: 18 Monate ab Mai
Lehrgangsorte: Dortmund, Frankfurt, Hannover, Köln

WEITERE TAGES-, ABEND-, SAMSTAG- UND INTENSIVLEHRGÄNGE

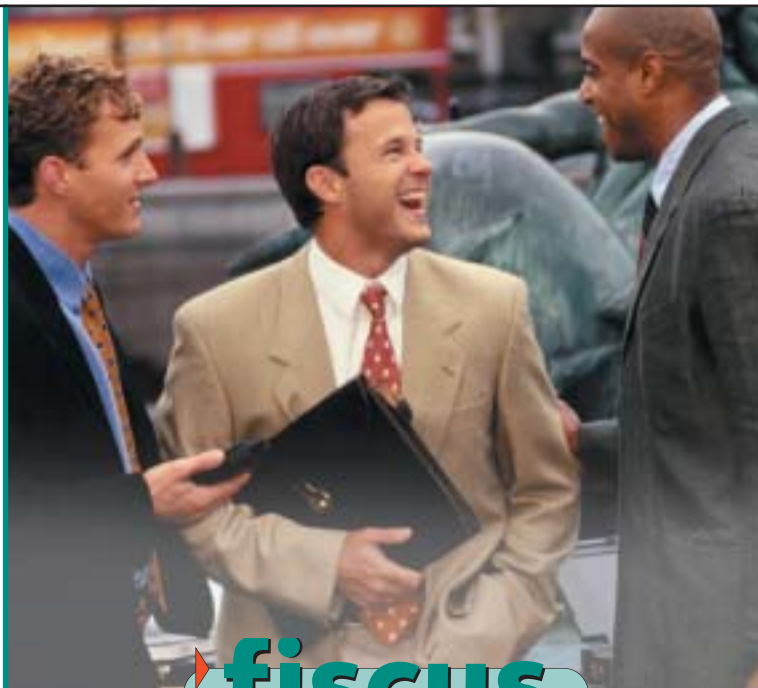
(Euro-) Bilanzbuchhalter, Steuerfachwirt, Controller bundesweit an 22 Lehrgangsorten

AUSFÜHRLICHE INFORMATIONSUNTERLAGEN
Bernhard-Felichenfeld-Straße 11 • 50969 Köln • Tel: (0221) 936 442-0
Fax: (0221) 936 442-33 • www.steuerfachschule.de • info@steuerfachschule.de

Unser Name ist Programm: fiscus ist *der* IT-Dienstleister für den deutschen Fiskus. Wir erstellen Software für rund 120.000 Finanzbeamte in ca. 700 Finanzämtern. Damit entsteht erstmalig ein bundeseinheitliches Angebot an Standard-Software für die Steuerverwaltung. Unsere Kunden sind die obersten Finanzbehörden von Bund und Ländern, unsere Gesellschafter sind 15 Bundesländer und der Bund. Ein hochinnovativer Arbeitsplatz also – und ein sicherer dazu.

Steuerfachliche und IT-Kompetenz kombinieren wir in einzigartiger Weise. Wir erstellen einheitliche bundesländerübergreifende Softwarelösungen, die für die optimale Unterstützung aller Steuerverwaltungsprozesse sorgen. Mit modernen e-Governmentlösungen unterstützen wir eine bürgernahe Steuerverwaltung. Unsere Qualität erzeugt Nachfrage, diese Nachfrage bringt Wachstum, und für dieses Wachstum brauchen wir Sie.

Wir sind heute schon 300 Beschäftigte und wollen deutlich mehr werden. Wir suchen Mitarbeiter/-innen des öffentlichen Dienstes, die gerne in Teams und Projekten arbeiten, die modernste Technik und Herausforderungen schätzen. Unser Standort ist Bonn.



Wir wachsen weiter – mit Ihnen!

► Anwendungsentwickler/-in

Sie analysieren, designen und entwickeln Software-Komponenten, erstellen Java-Applikationen und programmieren Enterprise Java Beans. Freuen Sie sich auf modernste Werkzeuge, wie z. B. UML, J2EE und XML.

Sie bringen mindestens zwei Jahre Berufserfahrung und analytisches Denken mit. UML und Java beherrschen Sie sicher, genauso wie Unix und Windows. Je mehr Sie über Komponenten-Architekturen, Oracle, Rational Rose und JBuilder wissen, desto besser. Wenn Sie stattdessen fundierte Kenntnisse in Assembler und im Host-Umfeld mitbringen, sind Sie ebenso interessant.

► Systemarchitekt/-in

Sie sind gleichzeitig Berater und Experte: Sie beraten unsere Kunden und unsere internen Organisationseinheiten. Im Rahmen der Produktentwicklung planen, erstellen und testen Sie alle Anwendungsfunktionalitäten der fiscus-Software.

Was bringen Sie mit? Mindestens fünf Jahre Berufserfahrung in der Software-Entwicklung mit Schwerpunkt auf Java, C++ und Datenbanken. Konzipiert und designt haben Sie bereits Anwendungs-Architekturen in UML-Modellierung oder Vorgänger-Methoden. Basis-Technologie-Architekturen sind Ihnen vertraut.

► Fachdesigner/-in

Sie ermitteln und beschreiben, was unsere Softwarelösungen steuerfachlich, -rechtlich und organisatorisch können müssen. Gleichzeitig, optimieren und standardisieren Sie unsere Abläufe. Kompetenter Ansprechpartner im Fachlichen wie in den Abläufen sind Sie für unsere Entwickler und für unsere Kunden.

Sie haben eine Ausbildung im Steuerfachrecht und mehrere Jahre Erfahrung in verschiedenen Finanzamt-Bereichen, arbeiten heute in den Bereichen Grundinformation, Bußgeld, Strafsachen, Steuerfahndung oder Steuererhebungsverfahren. Idealerweise verfügen Sie über MS-Office-Kenntnisse.

Wir bieten Ihnen einen interessanten sicheren Arbeitsplatz in einem dynamischen Umfeld.

Und das nehmen Sie bitte wörtlich. Bei uns stimmt die Aufgabe, das Klima und Ihr Gehalt. Ganz oben steht unser Teamgeist sowie die fachliche und persönliche Weiterbildung. Freiraum haben Sie, um ihn zu nutzen.

Beamte/-innen und Verwaltungsangestellte/-innen können auf Antrag unter Wegfall der Dienstbezüge für die Tätigkeit in der fiscus GmbH von ihrem Dienstherrn beurlaubt werden.

Jetzt sind Sie am Zug.

Sie wissen jetzt, wer wir sind, wen wir brauchen und woran uns liegt. Entscheiden Sie sich und setzen Sie auf Ihre Zukunft bei fiscus! Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte per Post an José Besada, fiscus GmbH, Welcker Straße 11, 53113 Bonn oder bevorzugt per E-Mail an: j.besada@fiscus.info.

Ihre Fragen zu beamtenrechtlichen Vorschriften richten Sie direkt an: Gerald Glass, Telefon: 0228/2807-107.

Weitere Informationen unter www.fiscus.info

„Fiscus“ geht in den Einsatz

Die fiscus GmbH, das Systemhaus für die Informationstechnik der Steuerverwaltungen von Bund und Ländern, erreichte einen wichtigen Meilenstein.

In einem ersten Finanzamt wurde das Release 2.0 der Software für die Bearbeitung von Vorgängen in den Bereichen Bußgeld, Strafsachen und Steuerfahndung (BuStra/Steufa) in Betrieb genommen. Der Startschuss für das Pilotprojekt fiel beim Finanzamt Lübeck (Schleswig-Holstein). Die Einführung wurde während des laufenden Finanzamtsbetriebes vollzogen. „Die fiscus GmbH arbeitet erst seit rund eineinhalb Jahren“, erläutert Geschäftsführer Peter Bonerz. „Mit dem Pilotprojekt sind wir jetzt mit einer ersten Softwareversion im Echtbetrieb – und das absolut termingerecht. Für uns ist Kundenorientierung ein Schlüsselwort.“

Ein Erfolgsfaktor der fiscus GmbH ist die klare Auftraggeberrolle der Finanzministerien von Bund und Ländern. Das jeweilige Pilotland für die einzelnen Fachprodukte – im Falle der BuStra/Steufa-Software also Schleswig-Holstein – nimmt stellvertretend für die Auftraggebergemeinschaft Bund/Länder die Auftraggeberrolle wahr. „Diese Konstruktion hat sich bei der Erstellung von BuStra/Steufa und der zugehörigen Software Basis als leistungsstarker Motor erwiesen“, so Bonerz.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein, erklärt: „Schleswig-Holstein hat sich seit Jahren dafür stark gemacht, in den Steuerverwaltungen der Länder bundeseinheitliche Standardsoftware einzusetzen. Schon die Europa-

tauglichkeit der deutschen Steuerverwaltung verlangt einen solchen Schritt. Wir haben uns daher als erstes Land bereit erklärt, die Entwicklung der ersten länderübergreifenden Standardsoftware zu begleiten und zu pilotieren. Das Team der fiscus GmbH, aber auch unsere Mannschaft im Land haben einen guten Job gemacht. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Landes-Team und dem Projekt-Team von fiscus ist Vorbild für alle weiteren fiscus-Projekte.“

Mit der Nutzung der neuen Software können die Finanzbeamten alle relevanten Informationen zu den Steuerfällen in einer elektronischen Akte zusammenfassen. „Mit der Möglichkeit der elektronischen Aktenführung legen wir ein starkes Fundament für die weiteren softwarebasierten Verfahren, die wir im nächsten und übernächsten Jahren in den bundesdeutschen Finanzämtern einführen werden“, erklärt fiscus-Geschäftsführer Bonerz.

Die weiteren Projektschritte und die Ziele der fiscus GmbH sind in der mittelfristigen Programmplanung, der so genannten Roadmap, festgelegt. Mindestens jährlich wird die fiscus GmbH nutzbare Konzepte und Prototypen ausliefern, die in einer Landesreferenzumgebung lauffähig sind und dort in eine Produktionsumgebung integriert werden können. Die Entwicklung der ersten bundeseinheitlichen Software für die Kernbereiche der Steuerverwaltung – das heißt Festsetzung, Erhebung, Sonderverfahren, Grundinformationsdienst sowie Management- und Organisationsdienste – soll Ende 2004 abgeschlossen sein.

Gebühren?



Frei!*

* Wir führen Lohn-, Gehalts- oder Rentenkonto nur für Mitglieder – natürlich schon immer gebührenfrei.

Sparda-Banken

freundlich & fair

COUPON

Ja, ich will Ihre Bank kennen lernen.

Bitte senden Sie mir Informationen.

Der Weg zur Sparda-Bank ist einfach -
Coupon ausfüllen und einsenden an die Service-Agentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45.

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon (tagsüber)

Bundespräsident lädt zum Neujahrsempfang

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek wurde vom Bundespräsidenten Johannes Rau zum Neujahrsempfang in das Schloss Bellevue geladen. Dass dies nun zum zweiten Mal geschah, darf die DSTG insgesamt als hohe Auszeichnung betrachten, denn aus dem gesamten Gewerkschaftsspektrum waren nur fünf Vorsitzende geladen.

Das Defilee begann mit den Vertretern der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundeshauptstadt Bonn, den Vertretern der Presse, den Vertretern der Bundeswehr/Sicherheitsorgane, der Kirchen, der kommunalen Verbände. Dem schloss sich an eine Gruppe von 60 besonders engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Vertretern der Freien

Berufe und Berufskammern, Wohlfahrts-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, wissenschaftliche und kulturelle Spitzenorganisationen, weitere Spitzenorganisationen und Stiftungen, Wirtschaft, Gewerkschaften und Berufsorganisationen, Präsidenten der Obersten Gerichte und der Generalbundesanwalt, der Vorsitzende der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Landtage, die Parteivorsitzenden, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, der Präsident des Bundesrats, Regierungschefs der Länder, das Bundeskabinett und die Spitzen des Deutschen Bundestags.

Ondracek überbrachte dem Bundespräsidenten und seiner



Gattin die besten Neujahrswünsche und Grüße der DSTG und ihrer Mitglieder. Er sprach dabei kurz das Bemühen der Kolleginnen und Kollegen an der Steuerfront an und wies

den Bundespräsidenten auf das Sinken der Steuermoral hin. Nach dem Empfang bestand Gelegenheit, Gespräche mit den übrigen Teilnehmern zu führen.

Orden für Siegfried Koch



Bei der Ehrung von links: Oberfinanzpräsident Dieter Riempp, Dietlind und Siegfried Koch, OB Helmut Himmelsbach und Dr. Rainer Ullrich, Vize-Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Dem früheren Landesgeschäftsführer der DSTG Baden-Württemberg, Siegfried Koch, wurde vom Heilbronner Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach das Bundesverdienstkreuz überreicht. Schon seit den 60er Jahren war er im Personalrat des Finanzamts tätig und im Ortsverband Heilbronn Vorsitzender der DSTG. Landesgeschäftsführer wurde er 1989. Koch war Vorsitzender des Kreisverbandes Heilbronn im Beamtenbund Baden-Württemberg und seit 1996 Vorsitzender des Bezirksverbandes Nord-Württemberg und gehörte in dieser Eigenschaft zum Landes- und Bundesvorstand der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Nicht nur im Beruf, sondern beispielsweise auch in der Jugendarbeit oder als Beiratsmitglied der Heilbronner Vollzugsanstalt setzte sich Siegfried Koch für die Allgemeinheit ein. Dr. Rainer Ullrich charakterisierte Koch als „einen

Mann mit schwäbischen Tugenden“.

Mehr sein als Schein, mehr arbeiten als nur reden.

Oberbürgermeister Himmelsbach nannte Koch „einen Strippenzieher im ganz positiven Sinn“ und lobte dessen „pflichtbewusstes Organisationsstalent“.

Beamtdarlehen
Festzins ab 5,45% (Ges.Laufzeit)

Für alle Beamten u. L. über
Lebensversicherung von
5.000,- € bis 100.000,- €.
Auszahlung ab 100%

Zins fest für gesamte Laufzeit
12-20 Jahre

effekt. Jahreszins ab 6,53%

Bsp.: 2000,- € Darlehen u. L. Laufz. 20 J.
Zins 6,25%, 94%, Ausz. 125.000,- €
€ 20.000,- mit Zins + LV € 178,48
€ 90.000,- mit Zins + LV € 190,60

• Verwendung der Überschuss- und
Gewinnanteile auch zur
Laufzeitverkürzung möglich.

Sonderkredit zum Ausgleich Ihres
Gehaltens bis € 30.000,-
mit € 119,58, Laufzeit: 120 Monate
effektiver Jahreszins: 6,99%

• Sonderkonditionen auch an
Arbeiter u. Angestellte des s. D.
• günstige Hypotheken-Darlehen

Personliches Angebot und Hotline
☎ 044 98/93 82-0

Schirmer & Partner
DSTG-Darlehensvermittlung
27730 Wulke - Legienweg 5
Fax: 044 98/93 19

WWW.SCHIRMERPARTNER.DE

Dienstwagen-Steuer hat Haken

Zu einem ausführlichen Meinungsaustausch trafen der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und zuständig für den Bereich Steuern, Joachim Poß, sowie der finanzpolitische Sprecher der Arbeitsgruppe Finanzen, Otto Spiller, mit dem DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek und dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Dr. Rainer Ullrich, in der DSTG-Bundesgeschäftsstelle zusammen.

werden die Dienstverträge überprüfen oder auf kleinere Fahrzeuge ausweichen, sodass auch insgesamt fraglich scheint, ob die erhofften Mehreinnahmen tatsächlich kassenwirksam werden. Dieser Punkt sollte nach Meinung der DSTG noch einmal überarbeitet werden.

Zu den Änderungen bei den Geschenken merkten die DSTG-Vertreter an, der Wegfall einer Betragsgrenze bei



Von links nach rechts: Stellv. DSTG-Bundesvorsitzender Dr. Rainer Ullrich, DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek, Sprecher der Arbeitsgruppe Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion, Jörg-Otto Spiller, stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion Joachim Poß.

Gemeinsam wurden die Regelungen zum Steuervergünstigungsabbaugesetz besprochen, soweit sie von der DSTG in der Stellungnahme gegenüber dem Finanzausschuss aufgegriffen wurden. Angesprochen wurden hierbei die Probleme um die Erhöhung der Dienstwagen-Pauschale. Die DSTG-Vertreter machten deutlich, dass hier eine vermehrte Arbeit auf die Steuerverwaltung zukommt, weil viele Betroffene künftig Fahrtenbücher führen werden, die überprüft werden müssten. Einige Betroffene, insbesondere mit teureren Fahrzeugen,

Geschenken und damit die Einführung eines generellen Abzugsverbotes in der Praxis würde zu vermehrten Streitfällen und Problemen führen. Wenn keine besondere Aufzeichnung mehr geführt wird, besteht die Gefahr, dass die entsprechenden Aufwendungen dennoch getätigt werden und in den Allgemeinen Betriebsausgaben untergehen. Auch hier wurde angeregt, dieses Problem zu überprüfen und ggf. eine betragsmäßige Begrenzung vorzunehmen.

Ausführlich erörtert wurde das im Gesetz enthaltene Kontrollmitteilungsverfahren für Wertpapierveräußerungen und Kapitalerträge. Die DSTG-Vertreter betonten, dass die Steuerverwaltung insgesamt dieses Kontrollmitteilungsver-

fahren nur bewältigen kann, wenn es vollelektronisch organisiert wird. Die Jahresmitteilung muss von der Bank über das Bundesamt der Finanzen und das Landesrechenzentrum direkt dem Sachbearbeiter auf den Bildschirm gesteuert werden. Anderenfalls wäre das Verfahren nicht machbar. Um den Erfolg sicherzustellen, müssten Investitionen beim Bundesamt der Finanzen und Softwareerweiterungen bei den Landesrechenzentren vorgenommen werden, was einen entsprechenden Zeitvorlauf erfordere. Insgesamt wäre das Verfahren aber sehr wirksam, um die Besteuerung bei der Wertpapierveräußerung und bei den Kapitalerträgen sicher zu stellen. Wenn allerdings ein pauschales Abgeltungssteuerverfahren käme, sei das Kontrollmitteilungsverfahren noch einmal zu überdenken. Zumindest für die Besteuerung der Kapitalerträge könnte dieses Verfahren dann entfallen. Zwingend notwendig wäre aber, auch bei einer Abgeltungsteuer den § 30 a aus der Abgabenordnung zu streichen. Der geplante § 139 a müsse mit der bundeseinheitlichen Identifikation in der Abgabenordnung verankert werden.

Im Gespräch wiesen die DSTG-Vertreter immer wieder darauf

hin, dass die Finanzämter am Rande der Kapazität arbeiten und in gar keiner Weise Mehrarbeit verkraften könnten. Die Politik sei dringend aufgefordert, endlich spürbare Vereinfachungsmaßnahmen zu beschließen, um die Arbeit in den Finanzämtern wieder einigermaßen geordnet bewältigen zu können. In diesem Zusammenhang wurden Überlegungen über vereinfachte Steuererklärungen für bestimmte Fälle, maschinelle Risikoanalysen, Aussteuerungsgesichtspunkte, Schnell-Veranlagungsverfahren u. ä. diskutiert. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Joachim Poß stellte unter Hinzuziehung eines Fraktionsmitarbeiters dar, was man sich in etwa vorstellen könne und bat um entsprechende Wertungen und Unterstützungen der DSTG. Die DSTG-Vertreter versicherten, dass sie alles, was eine spürbare Vereinfachung bedeuten würde, mittragen könnten, denn heute retten sich die Finanzämter nur noch mit mehr oder weniger geordneten „Notwehrmaßnahmen“ über die Runden. Es wurde vereinbart, dass der Dialog weitergeführt wird und jeweilige Verbesserungsmöglichkeiten auf kurzem Draht besprochen werden.

Absurde Ideen bei Rentenreform

Während der jüngsten Diskussion zur Sicherung der Sozialversicherungssysteme wurde zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung vorgeschlagen, den versicherungspflichtigen Personenkreis auf Selbstständige, Freiberufler und auch Beamte auszuweiten. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft lehnt eine Ren-

tenversicherungspflicht für Beamte strikt ab. Bevor man mit solchen Ideen an die Öffentlichkeit geht, sollte sich die Politik zunächst über die Auswirkungen solcher Vorschläge Gedanken machen. Eine Rentenversicherungspflicht für Beamte würde eine Vermischung der Altersversicherungssysteme bedeuten, die

Tauschcke

- Stl'in aus Sachsen (OFD Chemnitz, Finanzamt Dresden II) sucht aus dringenden familiären Gründen einen Tauschpartner/in aus Niedersachsen (OFD Hannover), auch Ringtausch; Tel. dienstl.: 0351 / 46 55 - 446.
- St'in aus Hessen (OFD FFM) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Niedersachsen (Hannover) – auch Ringtausch.
- RINGTAUSCH: Welcher A9`ner (g.D.) möchte aus Niedersachsen in ein anderes Bundesland wechseln und welcher A9`ner (g.D.) möchte aus dem Bundesgebiet nach Hessen wechseln? Bitte meldet euch – wir versuchen, einen Ringtausch zu organisieren!
Interessenten erreichen uns unter 06101 / 580 106 oder 0172 / 566 60 52.
- Steueramtfrau (A 11) aus Hessen sucht aus familiären Gründen Tauschpartner aus Rheinland-Pfalz, evtl. auch Ringtausch mit anderen Bundesländern. Tel.: 069 / 2545 - 2346.
- Wer möchte ab Ende August 2003 aus einem FA im Raum Leipzig (OFD Chemnitz) oder Weißenfels und Umgebung (OFD Sachsen-Anhalt) ins FA Leverkusen (OFD Köln)? Finanzanwärterin, gehobener Dienst, sucht aus familiären Gründen Tauschpartner/in.
- AUCH RINGTAUSCH: Wer möchte von NRW nach Niedersachsen? E-Mail an: regeena@gmx.de oder Regina Türpe, Mannheimer Straße 104, 04209 Leipzig.
- Steueroberinspektorin aus NRW, Finanzamt Köln (OFD Düsseldorf), z. Zt. beurlaubt, sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner/in aus Rheinland/Pfalz (OFD Koblenz), ggf. auch Ringtausch. Tel.: 0651 / 99 31 184.
- Steueramtfrau aus Hamburg sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner/in aus Mecklenburg-Vorpommern.
- StHSin aus dem Münsterland (OFD Münster) sucht dringend Tauschpartner/in aus dem Rheinland (OFD Düsseldorf, Abteilung Köln).
- Wer möchte ab Ende September 2003 aus deinem FA im Raum Brandenburg (OFD Cottbus) zu einem FA bei der OFD Karlsruhe wechseln? Ich bin Finanzanwärterin im gehobenen Dienst und suche aus familiären Gründen nach Abschluss meiner Ausbildung einen Tauschpartner, Tel. 0179 / 525 93 26.
- StOS'in aus Berlin (OFD Berlin) sucht dringend einen Tauschpartner/in aus Niedersachsen (OFD Hannover), Tel. 0160 / 990 39 419.
- Stl z. A. aus Hessen (OFD Ffm) sucht dringend Tauschpartner/in aus Niedersachsen (OFD Hannover) – auch Ringtausch.
- Steuersekretärin aus Sachsen (OFD Chemnitz) sucht dringend Tauschpartner/in im Bereich der OFD Karlsruhe. Auch im Rahmen eines Ringtausches (z. B. Baden-Württemberg nach Bayern – Bayern nach Sachsen – Sachsen nach Baden-Württemberg o. a.), Tel. 0179 / 533 31 33.
- Steuersekretärin z. A. aus Baden-Württemberg (OFD Karlsruhe) sucht dringend aus familiären Gründen Tauschpartner/in aus der OFD Kiel oder OFD HH, ggf. Ringtausch. Tel.: 0 76 69 / 92 13 52 oder 0 76 51 / 20 31-61 oder -23.
- Stl'in z. A. aus Nordrhein-Westfalen (OFD Münster) sucht aus zwingenden familiären Gründen Tauschpartner/in aus Thüringen. Versetzungsantrag ist bereits gestellt.

dann nicht mehr systemausgewogen wären. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Rentenurteil vom 6. März 2002 mehr als deutlich herausgestellt, dass Beamtinnen und Beamten ihren Beitrag zur Altersversorgung durch generell abgesenkte Bezüge während ihrer aktiven Dienstzeit erbringen. Somit kann nicht von Bruttobezügen zusätzlich noch der halbe Rentenbeitragsanteil abgezogen werden, denn in einem solchen Fall würde völlig unbedacht bleiben, dass gerade bei den kleineren Einkommen den Kolleginnen und Kollegen Nettobezüge unterhalb des Sozialhilfeniveaus verbleiben würden. Richtige Konsequenz wäre nur eine Aufsattlung auf die derzeit gezahlten Bruttozüge. Dazu käme noch der halbe Arbeitgeberanteil, wodurch weitere Haushaltslöcher in zweistelliger Milliardenhöhe aufgerissen würden. Im Endergebnis würde ein derartiges Vorgehen auf eine weitere Steuerfinanzierung der Rente hinauslaufen.

Eine Sozialversicherungspflicht von Beamten widerspricht auch Untersuchungen des Bundesrechnungshofs, wonach sich die Verbeamtung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – gerade wegen fehlender Zahlungen der öffentlichen Arbeitgeber in die Sozialsysteme – günstiger für die öffentlichen Haushalte auswirke. Unter dem Wirtschaftlichkeitsaspekt werde dieser Vorteil noch bedeutsamer, wenn die Neuregelungen der Beamtenversorgung voll greifen, so der Bundesrechnungshof. Auf der politischen Tagesordnung stehen damit immer wieder Reformvorschläge, die zurückgenommen und abgeändert werden oder im Sande verlaufen. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft begleitet in Zusammenarbeit mit dem dbb solche Entwicklungen aktiv und eingreifend. Es bleibt abzuwarten, welche politischen Neuerungen uns in diesem Jahr noch erwarten.

Lehrgänge zum Steuerberater



STEUER-LEHRGÄNGE
DR. STITZ

| | |
|-------------------|-------------------|
| Samstagslehrgang* | ab 24.5.2003 |
| Dreimonatskurs* | 10.6. – 29.8.2003 |
| Crash-Kurs* | 1.9. – 26.9.2003 |
| Fernlehrgang* | ca. 1 Jahr |
| Klausurenkurs | 1.4. – 15.9.2003 |

*inklusive integriertem Klausurenkurs

Begutachtet durch das Bundesinstitut für Berufsbildung. Zugelassen durch die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht. Umfassende examensbezogene Loseblattausgabe sowie CD-ROM in allen Kursen.

Internet:
www.stitz.de

Aktuelles Steuerrecht für Praktiker:

| | |
|-----------------------------|-----------|
| Aktuelles Bilanzsteuerrecht | 22.2.2003 |
| Aktuelles Wirtschaftsrecht | 15.3.2003 |
| Aktuelles Ertragsteuerrecht | 5.4.2003 |

50476 Köln, Postfach 10 36 65
Tel.: (02 21) 4 20 56 20, Fax: (02 21) 4 20 56 11
E-Mail: steuer@stitz.de
Internet: www.stitz.de

Mitgliederwerbung lohnt sich

Auch in diesem Jahr führt der dbb beamtenbund und tarifunion in der Zeit von Januar bis Dezember eine Mitgliederwerbaktion durch, diesmal unter dem Motto „Ziele gemeinsam erreichen“. Alle Werber erhalten nach dem bewährten System Bonuspunkte und die Chance, am Ende der Aktion einen „Sonderpreis“ zu gewinnen – verlost werden dann zwei Kettler-Fahrräder „Paramount“ im Wert von jeweils 699,- €.

Die Bundesleitung hat die Werbeaktion durch Anreize noch attraktiver gestaltet. So wird nach Abschluss der Aktion unter den besten DSTG-Werbern diesmal die Teilnahme an einem speziellen Seminar in einem attraktiven Hotel verlost.

- Für die fünf besten Werber Die fünf Werber mit den meisten im Laufe des Jahres erworbenen DSTG-Mitgliedern erhalten jeweils einen Seminarplatz (incl. Anreise, Unterkunft, Verpflegung etc.).
- Weitere Seminarplätze Unter den Werbern, die mindestens zehn Mitglieder im Laufe des Jahres erworben haben, werden fünf weitere Seminarplätze ausgelost (incl. Anreise, Unterkunft, Verpflegung etc.).

Die Werbeaktion läuft denkbar einfach ab: Für jedes neu geworbene Mitglied, das gegenüber dem dbb nachgewiesen wird (z. B. durch Kopie des Aufnahmeantrages), erhält der Werber einen Bonuspunkt. Voraussetzung dafür: Name und Anschrift des Werbers müssen gut lesbar auf der eingereichten Kopie der Beitritts-erklärung enthalten sein. Je mehr Bonuspunkte der einzelne sammelt, desto wertvoller werden die Prämien, die aus der Prämienliste ausgewählt

werden können. 22 hochwertige Produkte stehen hier zur Auswahl: vom Computer-Pen über die original englische Wax-Jacke bis hin zum tragbaren Fernsehgerät. Die Bonuspunkte sind bis zum 31. Januar 2004 gültig und können auch von mehreren Werbern gemeinsam eingereicht werden. Die kopierten Anträge, aus denen die Namen der Neumitglieder und der Werber deutlich hervorgehen, dienen gleichzeitig als Lose für den am Schluss der Aktion ausgelosten Sonderpreis sowie zur Feststellung, wer die meisten DSTG-Mitglieder geworben hat und glücklicher Gewinner der Seminarplätze ist bzw. an der Verlosung der fünf Seminarplätze teilnimmt.

Die Kopien der Anträge auf Mitgliedschaft senden die Werber an den dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrich-

Ziele gemeinsam erreichen

Mitgliederwerbung 2003

Ein neues Mitglied für den dbb ...

Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit lebt von dem Engagement und den Stimmen möglichst vieler Mitglieder. Mit jedem neuen Mitglied kommen wir darum unseren Zielen näher. Überzeugen Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen von unseren gemeinsamen Aufgaben, Aktivitäten und der Mitgliedschaft in Ihrer Fachgewerkschaft des dbb.

... ein Gewinn für Sie!

Sammeln Sie Punkte: Im Rahmen unserer Mitgliederwerbung 2003 erhalten Sie für jedes neue gewonnene Mitglied einen Bonuspunkt für eine Wunschprämie: von ????????????

Viel Erfolg und viel Glück!

Schreib föhliche Informationen und alles Wichtige ber den Aktionen von der Teilnahme bis zum Antrag er föhren Sie bei Ihrer Fachgewerkschaft oder bei der dbb Bundesgesch. Kontakt, Friedrichstraße 169/170 10117 Berlin, Tel. (0 30) 40 81-40 Fax (0 30) 40 81-55 98 w.w.dbb.de E-Mail: post@dbb.de



2 Gewinnchancen für Sie!
Wir verlosen am Ende der Aktion zwei Kettler-Fahrräder „Paramount“ im Wert von je 699,- Euro. Machen Sie mit!



str. 169/170, 10117 Berlin. Ebenfalls die dafür erhaltenen Bonuspunkte mit dem Prämienwunsch nach Wahl. Die Prämie wird kostenfrei und

kurzfristig zugestellt. Der Rechtsweg für die Mitgliederwerbaktion ist ausgeschlossen. Die Redaktion wünscht viel Glück!

Kompetenz in Sachen Steuerrecht und Rechnungswesen

| | | |
|---|---|--|
| ● Seminare für Azubis zum/zur Steuerfachangestellten (1 Woche) | 1. Ausbildungsjahr 2. Ausbildungsjahr 3. Ausbildungsjahr | Osterferien Herbstferien Faschingswoche |
| ● Vorbereitung zum/zur Bilanzbuchhalterin | Vollzeit oder berufsbegleitend | Beginn: Oktober Beginn: Oktober |
| ● Arbeitsgemeinschaften für Bilanzbuchhaltung | monatlich | 11 x im Jahr |
| ● Vorbereitung zum/zur Bilanzbuchhalterin International | berufsbegleitend | Beginn: Juni |
| ● Steuerrechtseminar für qualifizierte Mitarbeiter im Steuerbüro oder Hochschulabsolventen | berufsbegleitend | Beginn: Oktober |
| ● Vorbereitungslehrgänge zur Prüfung zum/zur Steuerberaterin | Vollzeit (4 Monate) berufsbegleitend (12 Monate) Paukkurs berufsbegleitend mündl. Prüfungssimulation | Beginn: Mai Beginn: September Beginn: April ab Januar |

Freecall 0800 00 222 11

Beratung, Info

Katharinenstraße 18, 70182 Stuttgart, Tel. 0711 2158-0, Fax 0711 2158-122
E-Mail info-s@fbd-bildungspark.de, Internet www.fbd-bildungspark.de

